



Home / Nachrichten / Baden-Württemberg

16.08.2003 06:12

## Notizen aus der pädagogischen Provinz

VON GERALD SCHNEIDER  
universitäten



GROSS

Bild:

Im jüngsten Hochschulranking der DFG schneiden die baden-württembergischen Universitäten hervorragend ab. Doch weiterhin herrscht Hektik in der Hochschulpolitik. Leitidee aller Reformen ist das, was einst als "Zuckerbrot und Peitsche" bekannt war: Positive und negative Anreize sollen die Hochschullehrer dazu motivieren, noch bessere Forschung und Lehre zu bieten. Da wir, um Voltaire leicht abzuwandeln, ohnehin in der besten aller Hochschulwelten leben, stellt sich die Frage, ob die jüngsten Maßnahmen überhaupt ihre Ziele erreichen können. Doch leider geht es bei der gegenwärtigen Politik nicht um Vervollkommnung, sondern um eine leichtfertige Demontage von Standortvorteilen. Dies will ich anhand von zwei Maßnahmen zeigen.

Lehrdeputat: Fast unbemerkt hat die Landesregierung das Lehrdeputat für Universitätsprofessoren auf neun Stunden ausgeweitet. Im internationalen Vergleich erklimmt Baden-Württemberg damit einsame Höhen. So halten etwa die meisten Schweizer Universitäten an einem Deputat von sechs Stunden fest, und die Hochschullehrer an amerikanischen Forschungsuniversitäten unterrichten höchstens zwei Kurse pro Semester, wenn nicht sogar nur einen pro Jahr. Zur Rechtfertigung sieht die Landesregierung für die einzelnen Fachbereiche vor, dass erfolgreiche Professoren ihr Deputat auf sechs Stunden reduzieren können. Vollständig "freikaufen" von der Lehre, wie dies in den USA und anderswo als Belohnung für das Einwerben von Drittmitteln befristet üblich ist, kann sich der ausgezeichnete Kollege aber nicht. Die Pseudo-Flexibilität der Regel wird gute Wissenschaftler also dorthin treiben, wo das Gras grüner ist - auf Universitäten außerhalb des "Ländle". Zur eingeschränkten Konkurrenzfähigkeit gesellt sich ein zweiter Konstruktionsfehler der Maßnahme. Weil die Entscheidungshoheit für die Reduktion der Lehrdeputate bei den Fachbereichen liegt, wird diese Anreizpolitik intern ausschließlich den Sozialneid schüren. Aufgrund dieser Kompetenz-Zuteilung wird es nämlich vielerorts ein Hauen und Stechen darüber geben, ob einem Kollegen eine Reduktion zugestanden werden soll. Ein dritter Geburtsfehler der Maßnahme liegt darin, dass gerade die weniger erfolgreichen Kollegen die verloren gegangene Lehre kompensieren sollen. Dies schafft den Anreiz, unterdurchschnittliche Kollegen zu berufen, die dann bis zu zwölf Stunden lehren, während sich die alteingesessenen Dozenten zuhause an der Deputatsreduktion laben.

Auswahl der Studierenden: Eine der Kernforderungen der letzten Jahre lautet, die Universitäten sollen die Studierenden selber auswählen können. Baden-Württemberg hat sich in diesem Sinne von der Planwirtschaft der "Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen" verabschiedet. Wer sich aber eine Abkehr vom Dirigismus erhofft hat, sieht sich getäuscht. So delegieren die Universitäten die Aufgabe nämlich einfach an fachbereichsinterne Auswahlkommissionen weiter, ohne für diese Zusatzaufgaben finanzielle Mittel bereit zu stellen. Da sich an den Auswahlkriterien im Vergleich zu früher wenig geändert hat, erledigen diese Kommissionen unter aufreibender Aktenklauberei das, was die Zentralstelle effizienter geleistet hat. So teilen die Auswahlkommissionen die Studierenden weitestgehend aufgrund ihrer Abiturnoten den Studiengängen zu. Zusätzlich muss die Auswahlkommission, um für meinen Fachbereich zu sprechen, außerschulische Aktivitäten beurteilen. Diese Evaluation beträgt zehn Prozent der Gesamtnote. Für Studierende, die aufgrund ihrer guten Abiturnoten ohnehin zugelassen werden, ist natürlich eine solche Zusatzbewertung überflüssig, da sie nichts an der positiven Entscheidung ändert. Doch da Dienst Dienst und Verfahren Verfahren ist, ergründen die Kommissionsmitglieder, ob nun die Zugehörigkeit zu einer Blaskapelle gleich viel zählt wie eine Parteimitgliedschaft oder das Erklämpfen des Schwarzen Gürtels in Karate. Nicht bewerten dürfen sie, wenn sich jemand durch individuelle Hobbys wie Lesen weitergebildet hat. Vollends pervertiert wird die "Auswahl" durch die Praxis, offensichtlich ungeeignete Studierende aufzunehmen, wenn einer der Studienplätze frei wird. Es nützt also nichts, wenn ein Professor sagt, ein Studierender sei ungeeignet. Wenn ein Platz frei ist, muss der auch besetzt werden - und sei es mit jemanden, für den ein Studium nur eine Qual werden wird.

Nun ließe sich einwenden, dass dies alles Petitessen seien. Aber die Maßnahmen reihen

Lo

Pas  
Net



SUCHE

OK

### Lokales

News, Wirtschaft, Archiv

### Nachrichten

Thema des Tages

Politik

Die Dritte Seite

Wirtschaft

### Baden-Württemberg

Bild des Tages

Wetter

Vermischtes

Click

Sonderbeilage: impuls

Welt der Steuern

Gesundheitsform

### Sport

Regionalsport, Tabellen

### Anzeigen

Immobilien, KFZ, Jobs

### Treffpunkt

Singles, E-Cards, Chat

### Freizeit

Kino, Was Wann Wo

### Magazin



Click, Musik, Genuss

### Service

Medienhaus, Leserservice

sich in eine Kette von Beschlüssen, die den Standort Baden-Württemberg unattraktiv gemacht haben. Angesichts der knappen Kassen ist zu erwarten, dass die Hochschulpolitik auch künftig mit der Peitsche betrieben werden soll. Dass dies nur schief gehen kann, ist wohl jedem klar. Aber zum Setzen von positiven Anreizen - Abschaffung des Beamtenstatus, Einführung von Marktlöhnen, echte Autonomie der Universitäten und ihrer Dozenten statt Gängelung durch Verordnungen und Selbstverwaltungsorgien - besteht keine Kraft, obgleich sich dies auch weitgehend "kostenneutral" erledigen ließe: durch die Umwidmung von Beamtenstellen im Wissenschaftsministerium und anderen überdimensionierten Verwaltungen in Wissenschaftlerstellen. Doch da eher Kafka als Voltaire zur Zeit die Hochschulpolitik zu schreiben scheint, sind Gedanken an solche Maßnahmen nichts anderes als Wunschträume in einem heißen Sommer.

Der Autor ist Ordinarius für Internationale Politik an der Universität Konstanz, Vizepräsident der International Studies Association und geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift "European Union Politics". Die Meinung des Autors kann, muss aber nicht mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

◀ ZURÜCK      ARTIKEL:     DRUCKEN     VERSENDEN      TOP ▲

© 2002 MEDIAFAVORITEN GMBH